



Ausschussdrucksache 20(17)99

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 18. Dezember 2024 zum Thema

„Vergessene humanitäre Krisen“

Dr. Martin Frick

Direktor des Global Office Berlin, Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Vergessene humanitäre Krisen“

Schriftliche Stellungnahme Dr. Martin Frick, Direktor des Berliner Büros des UN World Food Programme

1. Hungerbekämpfung im fragilen humanitären System

Wegen zahlloser Konflikte, der Klimakatastrophe überschuldeter Staaten und wirtschaftlichen Krisen hungern weltweit 343 Millionen Menschen akut – ein Anstieg um 10 Prozent im Vergleich zu 2023; mehr als 200 Millionen mehr als nur vor 5 Jahren. Damit ist fast wieder der Höchststand zu Zeiten der Corona-Pandemie und des Angriffs auf die Ukraine erreicht.

Hunger ist nicht nur Folge globaler Krisen, sondern trägt zur globalen Destabilisierung bei. Schon jetzt zieht sich ein Gürtel der Instabilität, verursacht durch Hunger und Not, von der Sahelzone, über den Sudan, das Horn von Afrika, den Nahen Osten bis nach Afghanistan. Wenn die Nachbarschaft Europas zunehmend fragiler wird, werden die Folgen auch in Deutschland spürbar werden. Doch das System, um Europas Nachbarschaft zu stabilisieren, steht auf tönernen Füßen – finanziell und zunehmend gesellschaftlich, wenn internationale Hilfe grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Trotz der langjährigen Großzügigkeit der Geber, insbesondere Deutschlands, waren bis Anfang Dezember 2024 nur 43 Prozent der Bedarfe für dieses Jahr finanziert. Selbst in Krisen mit hohem geopolitischem Profil fehlen Gelder. So musste WFP als eine der größten humanitären Organisationen in Syrien große Programme für die Nahrungsmittelhilfe kürzen. Diesen Maßnahmen folgte 2024 eine alarmierende Verschlechterung der Ernährungssituation. Angesichts der schlechten humanitären und wirtschaftlichen Lage werden die Menschen in Syrien auch zukünftig Unterstützung brauchen.

Auch in Gaza, Sudan, Jemen und Afghanistan wird es immer schwieriger, Hilfe zu leisten. Die Achtung des humanitären Völkerrechts, die Neutralität von humanitärer Hilfe oder der Schutz von Helfenden erodieren zunehmend. Insofern geraten Ressourcen, Möglichkeiten und Maßnahmen schon in Krisen mit großer medialer und politischer Aufmerksamkeit an ihre Grenzen.

2. Krisen abseits des Scheinwerferlichts: Demokratische Republik Kongo und Jemen

Obwohl in der **DR Kongo** mit Blick auf die Hungerzahlen eine globale Hungergroßkrise herrscht, erfährt die Lage nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit. Seit Jahrzehnten führen bewaffnete Konflikte zu Millionen Vertriebenen und zerstörten Infrastrukturen. Gleichzeitig belasten Epidemien wie Cholera, Masern und Mpox das de facto kollabierte Gesundheitssystem. Durch Konflikte in Nord- und Südkivu sowie Ituri werden Menschen vertrieben und verlieren ihre Lebensgrundlagen. Über 25,6 Millionen Menschen leiden an akuter Ernährungsunsicherheit, während Millionen Kinder und Frauen von Unterernährung betroffen sind.

WFP unterstützt durch lebensrettende Nahrungsmittelhilfen und Programme gegen Mangelernährung. Im September 2024 wurden 1,7 Millionen Menschen erreicht, darunter Frauen und Kinder. Dabei werden Nahrungsmittelhilfen und Impfkampagnen kombiniert, um Synergien zu schaffen. Doch die Hilfe stößt oft an ihre Grenzen. Mehr als 120 bewaffnete Gruppen in den Konfliktregionen greifen regelmäßig Zivilisten und humanitäre Helfer*innen an. Kämpfe, unterbrochene

Transportwege und bürokratische Hürden erschweren den Zugang zu Hilfe. Zudem sind die Hilfsprogramme chronisch unterfinanziert; 2023 standen für WFP weniger als 40 Prozent der benötigten Mittel zur Verfügung.

Der **Jemen** gehört zu den komplexesten humanitären Krisen weltweit. Der Bürgerkrieg hat das Land an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Über 70 Prozent der Bevölkerung benötigen Hilfe, Millionen stehen vor einer Hungersnot, und 2,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind stark unterernährt. Fehlende diplomatische Beziehungen zwischen internationalen Akteuren und lokalen Behörden erschweren den Zugang zu Hilfsbedürftigen erheblich.

Kämpfe, Wirtschaftszusammenbruch und Blockaden haben den Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung stark eingeschränkt. Die zerstörte Landwirtschaft und die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten verschärfen die Ernährungskrise. 2023 erreichte das WFP in allen 22 Gouvernements des Jemen über 15,3 Millionen Menschen, musste jedoch auch aufgrund knapper Mittel die Hilfe reduzieren. Im Oktober 2024 wurden nur noch 3,2 Millionen Menschen unterstützt, während Programme zur Bekämpfung von Mangelernährung teils komplett eingestellt wurden.

Sowohl im Jemen als auch in der DR Kongo stehen gewaltsame Auseinandersetzungen im Mittelpunkt der humanitären Krise. Durch sie wird Hilfe blockiert oder erschwert. Der Zugang zu notleidenden Menschen wird durch bürokratische Hürden, Sicherheitsrisiken und zerstörte Infrastruktur massiv erschwert. Humanitäre Helfer*innen werden Ziel von Gewalt, Entführungen oder Einschüchterung. Humanitäre Programme leiden in beiden Ländern unter jahrelanger Unterfinanzierung, wodurch ein Großteil der bedürftigen Bevölkerung nicht erreicht wird, sodass sich alle negativen Begleiterscheinungen, wie zum Beispiel sexualisierte Gewalt in der DR Kongo perpetuieren.

WFP unterhält in beiden Staaten eine Vielzahl lokaler Kontakte, um Hilfe effektiv und im Einklang mit den humanitären Prinzipien zu notleidenden und hungernden Menschen zu bringen. Doch diese Bemühungen müssen besser mit humanitärer Diplomatie, der Einbindung lokaler Akteure und umfassenden Friedensbemühungen verknüpft werden, um erfolgreich zu sein. Gleichzeitig würden mehr ungebundene Mittel humanitären Akteuren helfen, besser auf die sich verändernde Lage vor Ort zu reagieren.

3. Deutschlands humanitäre Strategie

Hunger ist Überlebenskampf und wo Menschen dazu gezwungen sind, bleiben Sicherheit und Frieden unerreichbar. Hungerbekämpfung muss Teil einer umfassend gedachten Sicherheitspolitik sein und WFP begrüßt, dass die humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes das klar herausstellt.

Die Strategie des Auswärtigen Amtes setzt auf prinzipienbasierte, flexible und vorausschauende humanitäre Hilfe, was besonders in vernachlässigten Krisen wichtig ist. Programme wie Frühwarnsysteme und Klimarisikoversicherungen, etwa in Somalia, zeigen Erfolg. Das WFP begrüßt den Fokus auf humanitäre Diplomatie, da sie die Zusammenarbeit zwischen Politik und humanitären Akteuren stärkt. In komplexen Krisen hilft sie, Hürden abzubauen und den Schutz von Helfer*innen zu verbessern.

Allerdings gefährden die immer noch drohenden Budgetkürzungen für 2025 Deutschlands Rolle als führender humanitärer Akteur. Die Priorisierung auf wenige für Deutschland relevante Krisen, wird zwangsläufig zu mehr vergessenen Krisen führen. WFP ist überzeugt, dass Sicherheitspolitik und internationale Hilfe, also humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, untrennbar miteinander verbunden sind. Ein ganzheitliches Sicherheitskonzept für Deutschland muss die Stabilität in anderen Weltregionen mitdenken. Internationale Hilfe ist ein essenzielles Instrument, um globale Sicherheit und Stabilität zu fördern.

Krisen zu ignorieren und ein Rückzug aus globaler Verantwortlichkeit verursachen langfristig höhere Kosten. Jede Krise, die wir heute vernachlässigen, kann morgen als teure Katastrophe zurückkehren. Ernährungssicherheit schafft Perspektiven für junge Menschen, verhindert irreguläre Migration und beugt erfolgreich extremistischen Tendenzen vor. Vorrasschauende humanitäre Hilfe und Resilienzprogramme reduzieren Kosten und machen Menschen langfristig unabhängig von teurer Hilfe.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Dort wo sich die Akteure des Multilateralismus und der regelbasierten Ordnung durch politische Entscheidungen oder fehlendes Geld zurückziehen, gewinnt der Autoritarismus an Einfluss.

4. Klimakrise und geschlechtsspezifische Gewalt als Krisentreiber

Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt sind allgegenwärtige Herausforderungen in humanitären Krisen und betreffen Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen wie LGBTIQ*-Personen in besonderem Maße. In vergessenen Krisen sind Frauen und Mädchen besonders gefährdet. Sie tragen nicht nur die Hauptlast der Pflegearbeit, sondern sind auch häufig Opfer sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder anderer Formen der Unterdrückung. Gleichzeitig schultern Frauen und Mädchen in Krisengebieten die alleinige Verantwortung für mehrere Kinder oder die ganze Familie. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen und Mädchen führt dazu, dass sie in Krisen nur schwer Zugang zu lebensrettenden Ressourcen wie Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung erhalten – mit weitreichenden Folgen für ganze Familien und Gemeinschaften. Der Schutz und die Unterstützung dieser Gruppen ist daher eine zentrale Priorität für WFP.

WFP hat erfolgreich Programme implementiert, bei denen Bargeldtransfers direkt an Frauen ausbezahlt werden. Diese Programme stärken die wirtschaftliche Autonomie von Frauen und fördern die Ernährungssicherheit ihrer Familien. In Somalia und der Demokratischen Republik Kongo haben solche Ansätze dazu beigetragen, die Ernährungsunsicherheit in von Frauen geführten Haushalten um über 20 Prozent zu senken. Im Südsudan kombiniert WFP Nahrungsmittelverteilungen mit psychosozialen Unterstützungsangeboten für Überlebende von Gewalt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darauf, Frauen in ländlichen Gebieten durch Programme zu unterstützen, die Zugang zu Land, Saatgut und landwirtschaftlichen Ressourcen bieten. In Niger haben WFP-Programme dazu beigetragen, die Erträge von Frauen geführten Betrieben um bis zu 30 Prozent zu steigern und ihre Rolle als Entscheidungsträgerinnen in der Gemeinschaft zu stärken.

Die Klimakrise ist einer der drei Haupttreiber von humanitären Krisen und Hunger. Sie wirkt als Multiplikator in fast allen Einsatzgebieten von WFP. Dürren, Überschwemmungen, steigende

Temperaturen und andere klimabedingte Phänomene zerstören Lebensgrundlagen und verschärfen die Ernährungsunsicherheit. Besonders dramatisch ist dies in Regionen wie der Sahelzone, Ostafrika oder Teilen Südasiens zu beobachten, wo wiederkehrende Naturkatastrophen ganze Gemeinschaften entwurzeln und bestehende Konflikte verstärken.

Ohne drastische Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen werden die humanitären Herausforderungen dramatisch zunehmen, insbesondere in fragilen und konfliktbetroffenen Regionen. Prognosen zufolge werden bis 2030 über drei Milliarden Menschen in Gebieten leben, die für die Folgen des Klimawandels besonders anfällig sind. In fragilen und konfliktgeprägten Kontexten treffen extreme Wetterereignisse jedes Jahr dreimal so viele Menschen wie in stabileren Ländern. Dennoch erhalten Menschen in fragilen Staaten 80-mal weniger Klimafinanzierung als jene in nicht fragilen Staaten. Um die ansteigende Not wirksam zu bekämpfen, muss der Klimaschutz in den verwundbarsten Regionen der Welt dringend beschleunigt werden. Deutschlands Vorreiterrolle, Instrumente für mehr Klimafinanzierung und – gerechtigkeit voranzutreiben, muss dringend weitergeführt werden. Ernährungssysteme sind für 30-40 Prozent der klimaschädlichen Emissionen weltweit verantwortlich. Der Kampf gegen Hunger und die Klimakrise muss deshalb zusammengedacht werden. WFP und seine Partnerorganisationen haben in vielen Krisengebieten Programme, die hier große Erfolge vorzuweisen haben.

5. Fazit

Das globale humanitäre System steht vor seiner größten Belastungsprobe seit seinem Bestehen. **Der Fokus auf akute oder vergessene Krisen ist nicht hilfreich, sondern verengt den Blick, wo es umfassende und ineinandergreifende Lösungen braucht.**

Das Ziel muss aber sein, **humanitäre Hilfe besser mit langfristigen Maßnahmen gegen Not zu verknüpfen**, die Menschen selbstständig und letztlich humanitäre Hilfe überflüssig machen. Diese Maßnahmen müssen so ausgestaltet sein, dass **mehrere globale Herausforderungen, z.B. Hunger, Klimakrise und Frauenförderung in effektiven Programmen zusammengeführt werden**. Krisenfestigkeit und Selbstständigkeit müssen das langfristige Ziel aller Maßnahmen sein.

Deutschland hat sich in diesen Feldern eine glaubhafte internationale Führungsrolle erarbeitet. Diese darf keine Verhandlungsmasse in innenpolitischen Grabenkämpfen sein. Deutschland profitiert als wohlhabende Industrienation stark von globalen Verflechtungen. Ein Rückzug ist keine Option; unser **Wohlstand bringt Verpflichtungen mit sich**. Wie sich Deutschland in Fragen von Menschenrechten, Hungerbekämpfung, internationaler Hilfe und Migration verhält, wird weltweit aufmerksam beobachtet.

Die Solidarität mit Notleidenden ist mit Blick auf die deutsche Geschichte tief in der politischen Tradition verankert und hat Deutschland international Respekt und Glaubwürdigkeit eingebracht. Ein parteiübergreifender Konsens zu substanzieller humanitärer Hilfe bestand im Bundestag selbst in Zeiten knapper Haushalte.

Hungerbekämpfung kann in komplexen Situationen Linderung und Prävention leisten und damit stabilisierend wirken. **Internationale Hilfe ist ein essenzielles Instrument, um globale Sicherheit**

und Stabilität zu fördern. Viele Probleme, die wir in Deutschland diskutieren, haben ihren Ursprung jenseits unserer Grenzen und können nur global gelöst werden.

Hungerbekämpfung ist ein vielseitiger Ansatzpunkt. Hunger systemisch bekämpfen, kann nicht nur Ernährungssicherheit schaffen, das Klima schützen und Frauen stärken, sondern auch Menschen langfristig von Hilfe unabhängig machen. Perspektive in den ärmsten Ländern zu schaffen, gibt nicht nur Hoffnung auf eine Zukunft vor Ort, sondern **spart letztlich Kosten in Zeiten knapper Kassen.**